

Stermann, Walter

Article — Digitized Version

Die Lage der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stermann, Walter (1957) : Die Lage der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 12, pp. 700-705

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132572>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die breitere Verteilung der Agrarexporte auf mehr Märkte ist eigentlich von den dänischen landwirtschaftlichen Kreisen nie zielbewußt angestrebt worden. Man hat auf den englischen Markt, der ja besonders in den letzten Jahren eine recht ungünstige Entwicklung erfuhr, alle Bemühungen konzentriert. Die dänische Politik steht in diesem Punkt im Gegensatz zu der Exportpolitik der Niederlande, deren Probleme ja in sehr hohem Maße mit denen Dänemarks verwandt sind.

Die Erfolgsmöglichkeiten einer stärkeren Absatzförderung werden von den Landwirtschaftsorganisationen durchaus gesehen, man hat in bescheidenem Umfang auch schon mit den Arbeiten auf diesem Gebiet begonnen. Zusammen mit anderen Butter exportierenden Ländern hat Dänemark einen Werbefeldzug für den Butterverbrauch im allgemeinen durchgeführt. Außerdem hat man auch speziell für dänische Butter geworben und den Einzelhandelsverkauf der Butter in besonderen dänischen Exportpackungen mit der Bezeichnung „Lurpak“ ins Leben gerufen, wodurch man hofft, den englischen Verbraucher direkt ansprechen zu können.

Die Erfahrungen auf anderen Gebieten, besonders beim Export von Käse und Konserven, zeigen, daß

private Firmen bei der Erschließung und dem Ausbau neuer Märkte und bei der Anpassung an wechselnde Marktbedingungen gute Erfolge erzielen können, daß eine Dezentralisierung der Exporte aber andererseits auch bestimmte Nachteile hat. So meint man in landwirtschaftlichen Kreisen, daß die ungünstige Preisentwicklung für dänischen Käse im Verhältnis zum holländischen auf dem westdeutschen Markt nur dadurch erklärt werden kann, daß zu viele Exporteure die Preise drücken. Die beste Lösung scheint daher die zu sein, daß man die Exporte zwar dezentralisiert, jedoch auf den Hauptmärkten zu einer engen Zusammenarbeit kommt. Seit dem 7. Oktober 1955 gibt es bereits eine Organisation für den Butterexport: die Hauptexporteure sind neun Genossenschaftsmolkereien, die England gegenüber durch eine zentralisierte Verkaufsstelle auftreten, während sie auf anderen Märkten miteinander in Wettbewerb stehen.

Die Gründung eines ähnlichen Pools für den Baconexport ist ein Ziel der dänischen Landwirtschaft, dem man um einiges näher gekommen ist, seit der Erzeugerpreis für Schweine und Schweinefleisch herabgesetzt wurde, nachdem man im Juli und August 1957 eine Überproduktion befürchtete. Das könnte der Anfang für einen Baconpool sein.

Die Lage der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie

Dr. Walter Stermann, Wien

Die bedeutende Stellung, die die eisenschaffende Industrie in der österreichischen Wirtschaft einnimmt, resultiert nicht nur aus ihrer Schlüsselposition als Vormateriallieferant für die weiterverarbeitenden Industrien, sondern auch daraus, daß sie mit ihren Erzeugnissen rund ein Fünftel des österreichischen Exportvolumens stellt und damit, ebenso aber auch mit ihren Auslandsbezügen an Rohstoffen, die Handelsbilanz wesentlich beeinflusst.

Die beinahe stürmische Expansion der Eisen- und Stahlindustrie in den letzten Jahren übertrifft bei weitem die der österreichischen Industrieproduktion in ihrer Gesamtheit, sie liegt aber auch ganz wesentlich über der Ausweitung, die die Eisen- und Stahlherzeugung in anderen Produktionsländern erfahren hat. Während die Zuwachsrate der Rohstahlerzeugung der Welt einschließlich des Ostblocks und Chinas 1956 rund 5%, die der Montanunion etwa 8% (davon die Bundesrepublik Deutschland mit der höchsten Rate von 10%) betrug, lag sie für Österreich bei 14%. In den Jahren 1952 bis 1956 stieg die Rohstahlproduktion der Montanunion um 35,5%, die Österreichs jedoch um 96,6%.

VERSTAATLICHUNG

Auf Grund des Verstaatlichungsgesetzes von 1946 sind 95% der Eisen- und Stahlindustrie verstaatlicht worden. Daß dieses Gesetz mit den Stimmen aller Parteien, also auch denen der bürgerlichen Mehrheit, angenommen wurde, erklärt sich aus der damaligen

Situation des Landes. Durch die Verstaatlichung sollten die nach den Potsdamer Beschlüssen als „Deutsches Eigentum“ geltenden Werke Besatzungsmächte entzogen werden. Tatsächlich haben auch die westlichen Alliierten die in ihren Zonen gelegenen Werke der österreichischen Regierung zu treuen Händen übergeben. Die Sowjets freilich haben die Verstaatlichung nie anerkannt. Da jedoch der Schwerpunkt der Eisen- und Stahlerzeugung in den westlichen Besatzungszonen lag, blieben, nachdem es Schoeller-Bleckmann nach langen Bemühungen gelungen war, die Sowjets davon zu überzeugen, daß hier „Deutsches Eigentum“ nicht vorlag, nur die niederösterreichischen Werke des Böhler-Konzerns unter der sowjetischen USIA-Verwaltung.

Ein weiterer Grund für die Verstaatlichung war der, daß durch Kriegseinwirkung, vor allem aber durch Demontagen ein so großer Substanzverlust entstanden war, daß man glaubte, man könne den Wiederaufbau der Werke anders nicht bewältigen. Der ungeheure Kapitalbedarf konnte damals, da ein Kapitalmarkt völlig fehlte, nur durch den Staat aufgebracht werden. Nur die staatliche Planungspolitik könne im Rahmen eines Erzeugungsprogramms den Investitionsbedarf festlegen. Tatsächlich wurde 1948 von dem damals noch bestehenden Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung ein zeitlich nicht begrenzter Eisen- und Stahlplan, der auch für die privaten Werke galt, erstellt, doch sind inzwischen die darin vorgesehenen Produktionsziffern durch die

tatsächliche Entwicklung weit überholt worden. Außerdem hat sich auch das Erzeugungsprogramm, das nach dem Prinzip der Vereinheitlichung und Koordinierung die Aufteilung der Produktionsgruppen auf die einzelnen Werke vorsah, inzwischen den Anforderungen, die die Wettbewerbsbedingungen auf den ausländischen Märkten an die österreichischen Lieferanten stellten, anpassen müssen. Daß durch diese weitgehenden Änderungen auch die Investitionsplanung überholt wurde, versteht sich von selbst. Immerhin ist dieser Plan, der allerdings auch nie offiziell verlaublich wurde, bis heute nicht außer Kraft gesetzt worden.

Ein weiterer Grund für die Verstaatlichung war offensichtlich das Bestreben der Regierung, ein so wichtiges Instrument für die Stabilisierung der Wirtschaft, insbesondere des Preisniveaus, wie es die Basisindustrien darstellen, unter die Kontrolle des Staates zu nehmen.

Freilich entbehrt die Unterstellung der Eisen- und Stahlindustrie unter die Regierung nicht einer gewissen Problematik, da sie damit nur zu leicht zum Feld parteipolitischer Machtkämpfe werden kann. Als Ergebnis der letzten Parlamentswahlen wurde die eisenschaffende Industrie dem sozialistisch verwalteten Verkehrsministerium entzogen und der Bundesregierung direkt unterstellt, die eine Dachgesellschaft, die Österreichische Industrie- und Bergbau-Verwaltungs-Ges.m.b.H., eingesetzt hat. Der Aufsichtsrat dieser IBV setzt sich aus den Ressortministern unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers zusammen. Die langwierigen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien über die Zusammensetzung der Vorstände der einzelnen Gesellschaften sind zwar noch immer nicht abgeschlossen, so daß die beiden größten Gesellschaften, nämlich die Vereinigten Eisen- und Stahlwerke und die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, de jure noch immer kommissarisch verwaltet werden, doch steht zu hoffen, daß es nun doch endlich zu einer Einigung kommen wird.

Der Komplex des „Deutschen Eigentums“ ist inzwischen durch die Bestimmungen des österreichischen Staatsvertrages, durch den er formell dem österreichischen Staat übergeben wurde, und durch den

erfolgreichen Abschluß der deutsch-österreichischen Vermögensverhandlungen (das erzielte Abkommen bedarf nur noch der beiderseitigen Ratifizierung) endgültig bereinigt. Den Anteilseignern, die durch die Verstaatlichung Verluste erlitten hatten, wurden, soweit sie nicht unter die diskriminierenden Bestimmungen des Staatsvertrages fallen, ihre Anteile zu einem angemessenen Satz durch Bundesschuldverschreibungen, sich ergebende Spitzen durch Bargeld abgelöst. Damit ist die rechtliche Situation der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie endgültig geklärt.

PRODUKTIONSENTWICKLUNG

Da der Ausbau der Hütte Linz nur auf dem Hochofensektor vollendet war und das obersteirische Industriegebiet erhebliche Demontagen über sich ergehen lassen mußte, stand nach dem Kriege der Roheisenkapazität nur eine sehr beschränkte Weiterverarbeitungskapazität gegenüber. Die Folge davon war der handelspolitisch wenig erfreuliche Export des größeren Teiles der bereits reduzierten Roheisenproduktion von Linz. Durch den Ausbau der nachfolgenden Produktionsstufen hat sich dies inzwischen weitgehend geändert: in den Jahren 1954 bis 1956 sank der Exportanteil der stark ansteigenden Roheisenerzeugung von 22 auf 19 %. Für 1957 wird ein weiteres Absinken der Exportquote erwartet, sie betrug in den ersten 8 Monaten nur noch 12,8 %.

Durch die Inbetriebnahme eines weiteren Hochofens in Linz und eines neuen großen Hochofens in Donawitz konnte 1956 die Anzahl der unter Feuer gehaltenen Einheiten auf acht ¹⁾ — bei einer vorhandenen Kapazität von 10 Einheiten — erhöht werden. Im Jahre 1955 stieg die Roheisenproduktion gegenüber 1954 um rd. 11 % an, 1956 ergab sich ein Anstieg um rd. 15 %. Für 1957 ist eine Steigerung um rd. 12 % zu erwarten.

Es zeigt sich, daß das steile Ansteigen der Rohstahlproduktion in erster Linie auf den erhöhten Ausstoß von Oxygenstahl nach dem in Linz und Donawitz zur betriebsreife entwickelten LD-Sauerstoff-Blasver-

¹⁾ davon vier in Linz, drei in Donawitz, ein kleiner Holzkohlenhochofen in Sulzau-Werfen (Konkordiahütte), einem privaten Eisenwerk, das auf eigener Erzbasis Spezialroheisen zur Herstellung von Gußwalzen erzeugt, den Roheisenüberschuß aber exportiert.



Unsere Bank steht seit 1870 im Dienste der deutschen Wirtschaft. Wir betreiben alle Zweige des Bankgeschäfts und gewährleisten durch unsere weitreichende Organisation schnelle Bedienung und gewissenhafte Beratung. Im Ausland unterhalten wir eigene Vertretungen in Amsterdam, Beirut, Madrid, Rio de Janeiro und Windhoek.

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg · 60 Geschäftsstellen in Norddeutschland

fahren zurückzuführen ist. Zu Beginn des Jahres 1953 begannen die Vereinigten Eisen- und Stahlwerke in Linz mit der Produktion nach diesem LD-Verfahren, im Jahre darauf folgte die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft in Donawitz, und damit begann eine Entwicklung, die für die weitere Expansion der eisen-schaffenden Werke von großer Bedeutung sein dürfte. Gegenwärtig sind in Linz drei und in Donawitz zwei Tiegel zur Erzeugung von Oxygenstahl in Betrieb, doch ist in den beiden Werken an eine Erweiterung der Erzeugung nach diesem auch im Hinblick auf die immer schwieriger werdende Schrottversorgung interessanten Verfahren gedacht. Dieses Verfahren hat inzwischen auch internationale Anerkennung gefunden. Eine Reihe von LD-Stahlwerken werden im Ausland nach österreichischem Muster und nach österreichischen Patenten errichtet. Zwei Werke, in Kanada und den USA, sind bereits in Betrieb, bis Ende dieses Jahres werden acht weitere, darunter zwei in der Bundesrepublik Deutschland, ihre Produktion aufgenommen haben. Für die Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl stehen in Österreich gegenwärtig 30 Ofen zur Verfügung, die gleiche Anzahl für die Er-schmelzung von Elektrostahl.

**Produktion von Roheisen, Rohstahl und Walzwerks-
erzeugnissen**
(in 1000 t)

Produkt	1954	1955	1956	1957 Jan.-Aug.
Roheisen	1 353	1 506	1 736	1 206
Rohstahl	1 653	1 823	2 077	1 653
davon:				
Siemens-Martin-Stahl	804	853	912	627
Elektrostahl	256	295	315	230
Oxygenstahl	593	675	850	796
Walzwerkserzeugnisse	1 008	1 269	1 384	1 033

Die erhöhte Rohstahlproduktion gestattete auch, unter weitgehender Ausnutzung der vorhandenen Walzkapazitäten, eine entsprechende Steigerung des Ausstoßes von Walzware. Der Anteil an Edelstahl betrug dabei im Durchschnitt rd. 12 %. Die Herstellung von Preß- und Hammerwerkserzeugnissen stieg von 36319 t im Jahre 1954 auf 52 823 t im Jahre 1956.

Die Anzahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie erhöhte sich 1955 um rd. 15 %, blieb jedoch 1956 mit einem Zuwachs von 5 % und 1957 von 3 % ziemlich stabil. Ein Vergleich dieser Zuwachsrates mit den oben angeführten Produktionssteigerungen läßt auf ein starkes Ansteigen der Produktivität schließen, doch liegen Unterlagen hierüber nicht vor.

INVESTITIONEN

Es ist klar, daß die Fördersteigerung am steirischen Erzberg und die beträchtlichen Produktionserhöhungen nicht ohne eine großzügige Investitionspolitik erzielt werden konnten.

Der bereits erwähnte Eisen- und Stahlplan vom Jahre 1948 umfaßte auch einen Investitionsplan, der dann mit Hilfe von ERP-Mitteln und Krediten der Export-Import-Bank durchgeführt werden konnte. Die bis heute vorgenommenen tatsächlichen Investitionen liegen schon ziemlich weit über der Planung, so daß der Eisen- und Stahlplan auch in diesem Teil durch die Entwicklung überholt ist. Natürlich wäre die

Durchführung des Investitionsprogramms ohne die ERP-Hilfe nie realisierbar gewesen, deren Zuwendungen bis 1951 höher waren als die von den Werken mit Eigenmitteln und über private Kredite investierten Beträge. Die Zuschüsse des Bundes fielen größenordnungsmäßig kaum ins Gewicht. Von 1952 an flossen die Gegenwertmittel immer schwächer und versiegten 1955 ganz. Dagegen wurden von 1952 bis 1956 2 346 Mill. S aus Eigenmitteln aufgebracht, während der Bund 94 Mill. S zuschoß.

Da für die Finanzierung der künftig notwendigen umfangreichen Investitionen die Eigenmittel der Gesellschaften nicht genügen werden, ist die Frage der Kapitalbeschaffung der verstaatlichten Stahlindustrie in der letzten Zeit Gegenstand verschiedener Erörterungen gewesen. So wie die Werke nach privatwirtschaftlichen Prinzipien geführt werden sollen, so will man sie offenbar auch für ihren künftigen Kapitalbedarf weitgehend auf den privaten Kapitalmarkt verweisen. Nach den Schilling-Eröffnungsbilanzen, soweit sie bereits vorliegen, ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital der Gesellschaften relativ gering, da das in früheren Jahren aufgenommene Fremdkapital entwertet wurde und die in der letzten Zeit aufgenommenen Fremdmittel noch gering sind. Die Kapitalstruktur wäre daher für die Aufnahme von Fremdkapital günstig. Da der inländische Kapitalmarkt jedoch auch weiterhin sehr angespannt sein dürfte, wird zu entscheiden sein, ob man sich an den ausländischen Kapitalmarkt wenden will.

Die wichtigsten Investitionen, die bei der eisenerzeugenden Industrie in den letzten Jahren vorgenommen wurden, sind die folgenden:

Am steirischen Erzberg wurden Verbesserungen bei der Erzgewinnung, beim Transport und vor allem bei der Aufbereitung vorgenommen. Die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke in Linz erhielten neben einer Erweiterung der Siemens-Martin- und Elektro-Ofen-Kapazität ein Blasstahlwerk, ein Brammenwalzwerk und eine Breitbandstraße sowie Einrichtungen für die Erzeugung schwerer Schmiedestücke. Dem Werk wurde ein Eisen- und Stahlbau angeschlossen. Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft nahm einen neuen großen Hochofen von über 1000 cbm Inhalt in Donawitz in Betrieb sowie ein Blasstahlwerk, zwei Elektro-Ofen, ein Blockwalzwerk und ein Stab- und Profilwalzwerk. In Krieglach wurde die Erzeugung von geschweißten Röhren aufgenommen.

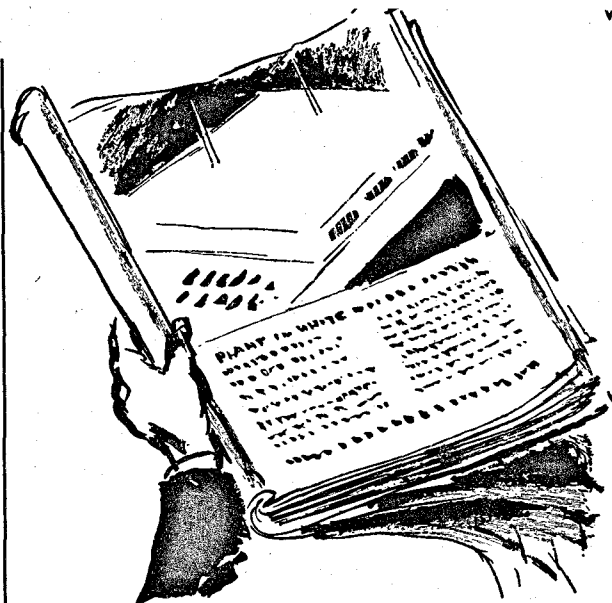
Von den Edelstahlwerken erhielt die Gebr. Böhler & Co. AG in Kapfenberg ein Grob- und Blockwalzwerk; ein neues Stabwalzwerk ist im Bau, die Ofenkapazität wurde wesentlich erweitert, und die Erzeugung von Apparaten und Einrichtungen für die chemische, die Textil- und die Lebensmittelindustrie wurde aufgenommen. Die nach dem Staatsvertrag aus der sowjetischen Verwaltung rückgeführten Ybbstahlwerke und die Konzernwerke St. Egyd und Enzesfeld wiesen naturgemäß einen sehr großen Investitionsbedarf auf, dessen Befriedigung bereits in Angriff genommen wurde. Die Schoeller-Bleckmann Edelstahlwerke nah-

men in Ternitz zwei große Elektro-Ofen neu in Betrieb und eröffneten zum Ausgleich ihrer reduzierten Stabstahlerzeugung die Produktion von nahtlosen Rohren, von Apparaten aus rostsicheren und säure- und hitzebeständigen Blechen eigener Erzeugung sowie von Feilen und Bohrgeräten; in Hönigsberg wurde eine Anlage für die Edelstahlblecherzeugung gebaut. Die zum Alpine-Konzern gehörenden Steirischen Gußstahlwerke in Judenburg erhielten eine Blockstraße, außerdem wurde ihre Walzkapazität für Stabstahl erweitert.

Aber auch bei den privaten Werken wurden umfangreiche Investitionen vorgenommen. Das Eisenwerk Sulzau-Werfen nahm die Erweiterung seiner Gießereibetriebe zur Erzeugung von Hartgußwalzen vor. Im Werk Diemlach der Felten-Guilleaume AG wurden neben einer Erhöhung der Ofenkapazität ein neues Drahtwalzwerk und eine Kupferraffinerie in Betrieb genommen. Die Eisenwerke Pengg bauten in Thörl die Walzdrahterzeugung aus und errichteten in Breitenfeld einen weiteren Elektro-Ofen und eine Stranggußanlage. Eine solche Anlage steht auch bei Böhler, wo an der Entwicklung des Stranggusses erfolgreich gearbeitet wird, eine dritte wird noch in diesem Jahr bei Schoeller-Bleckmann ihren Betrieb aufnehmen. Das erst vor einigen Jahren von der Firma Haselgruber übernommene Eisenwerk St. Andrä-Wördern ist in stürmischer Entwicklung begriffen.

ROHSTOFFVERSORGUNG

Die Rohstoffbasis der österreichischen eisenschaffenden Industrie ist standortmäßig insofern ungünstig, als sie über keine eigenen Steinkohlevorkommen verfügt, so daß die Kokerei in Linz, die den größten Teil des österreichischen Koksbedarfs deckt, ausschließlich auf ausländische Kohle angewiesen ist. Aber auch das Eisenerz des steirischen Erzbergbaus mit einem Eisengehalt von rd. 30% deckt mengenmäßig und auch nach Verwendungszwecken nur einen Teil des österreichischen Bedarfs. Zwar konnte durch die oben angeführten Investitionen die Erzförderung 1956 um rd. 20% gegenüber 1955 erhöht werden — für 1957 wird eine Förderung von ungefähr 3,5 Mill. t erwartet —, doch wird dieses Erz nur in dem in Erzbergnähe gelegenen Donawitz verhüttet. Der Erzbedarf der Hütte Linz wird durch ausländische Erze gedeckt, von denen der größere Teil aus Skandinavien und Nordafrika, der Rest aus Griechenland und Brasilien stammen. Als Lieferant von Kokskohle und Koks stand die Bundesrepublik Deutschland traditionsgemäß an erster Stelle. Sie hat jedoch ihre Lieferkontingente nicht dem steigenden Bedarf der österreichischen Hütten angepaßt, weshalb sich in den letzten Jahren der Schwerpunkt der österreichischen Bezüge nach den USA verlagerte. Die Einfuhren von amerikanischer Kohle stiegen von 1955 auf 1956 mengenmäßig um mehr als 50% (infolge der Preiserhöhungen war die wertmäßige Steigerung noch bedeutend größer), und für 1957 ist eine weitere wesentliche Steigerung zu erwarten. Auch die Kokslieferungen des zweiten großen Lieferanten, der Tschechoslowakei, paßten sich nicht dem erhöhten Bedarf an, die tschechischen Liefe-



Wenn ich mal baue . . .

**meine Fabrik, meine Werkstätte,
mein Geschäftshaus . . .**

**dann baue ich mit Herz, mit Verstand
und mit DYCKERHOFF-WEISS!**

**Denn Freude gewinnt die Menschen,
Freude steigert die Leistung und
Freude lockt Kunden.**

**Weißer Verputz mit DYCKERHOFF-WEISS
hat die Dauerhaftigkeit des Zementes.**

**Weißer Treppen, weiße Innenwände aus
hellem oder farbigem Betonwerkstein
sind so schön wie dauerhaft.**

**Schönheit wird gut gehalten! Jeder
hütet sich, etwas Schönes zu verderben.**

**Heller Betonwerkstein im Innenausbau:
Fensterbänke z.B., Türgewände,
Böden aus hellem Terrazzo
sind leicht sauber zu halten und
bedürfen praktisch keiner Pflege . . .**

**Stellen Sie Ihrem Architekten die Frage:
„Wo kann ich mit DYCKERHOFF-WEISS
etwas schöner und dauerhafter machen?“**

**Er wird Ihnen viele gute Ratschläge geben,
ohne daß die Bausumme sich wesentlich
verändert.**



**Wir schicken
auch gern unsere
schönen Prospekte.**

der Baustoff der Freude

**DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AG.
Wiesbaden-Amöneburg**

rungen haben in den letzten Jahren sogar sinkende Tendenz, was mit zu der erwähnten Steigerung der Importe amerikanischer Kohle geführt hat.

Ein durchaus nicht auf Österreich beschränktes Problem stellt die Versorgung mit Schrott dar. Die Montanunion hat aus dieser Schwierigkeit die Konsequenz gezogen, ihr Investitionsprogramm auf die von der Erzbasis ausgehenden Produktionsformen auszurichten. In Österreich hilft das im Ausbau begriffene LD-Blasverfahren an der Überwindung des Schrott-Engpasses sehr wesentlich mit. Trotzdem ist bei leicht steigendem Umlaufschrott-Aufkommen der Anfall aus Inlandfremdschrott keineswegs dem wachsenden Bedarf nachgekommen, so daß in immer größerem Umfang importiert werden mußte. 1955 stiegen die Einfuhren um mehr als 25 %, 1956 um 45 %, und für 1957 ist mit einer weiteren Steigerung um 25 — 30 % zu rechnen. Das Verhältnis der Einfuhren zum gesamten Inlandaufkommen (Umlauf- und Inlandfremdschrott) verschob sich von rd. 1 : 9 im Jahre 1954 auf rd. 2 : 8 im Jahre 1956. Die Länder der Montanunion haben, mit Ausnahme des legierten Schrotts, ein Schrottexportembargo erlassen, so daß nach der Marktlage auch hier in erster Linie die USA als Lieferant in Betracht kommen.

Einen weiteren Engpaß stellte in den letzten Jahren die Nickelversorgung der österreichischen Stahlindustrie dar. Die Erhöhung der Zuteilungsquoten durch die Mond Nickel zum normalen Preis war im Vergleich zur Verbrauchslage unbefriedigend, so daß große Mengen auf dem freien Markt, vor allem in Japan, zu bedeutend höheren Preisen gekauft werden mußten. Der Mischpreis, der sich aus dem ungünstigen Verhältnis von Zuteilung zu Freimarktkäufen ergibt, dürfte in Österreich höher als in allen anderen Nickel verbrauchenden Ländern sein und stellt kostenmäßig eine schwere Belastung der in Österreich erzeugten Nickelstähle dar.

Im Zusammenhang mit der Energieversorgung ist ein Projekt erwähnenswert, das die Verwendung des Erdgases der Gasfelder in Niederösterreich — die bis zum Abschluß des Staatsvertrages von den Sowjets ausgebeutet worden waren — durch die steirischen Stahlwerke vorsieht. Entgegen dem ursprünglichen unrationellen Plan, das Gas den Wärmekraftwerken zuzuführen, die den damit erzeugten Strom der Stahlindustrie abgeben sollten, ist es der Stahlindustrie gelungen, sich entsprechende Quoten an der Erdgasförderung zu sichern. Inzwischen stehen die Verhandlungen über die Liefermodalitäten und die Verlegung der Erdgasleitung über den Semmering bis nach Donawitz vor dem Abschluß. Mit dem Bau der Leitung soll im nächsten Jahr begonnen werden. Wenn auch mit den vereinbarten Quoten die Kohlefeuerung nicht ganz ersetzt werden können, so wird die Umstellung auf Erdgasfeuerung doch die Kostenseite der Produktion günstig beeinflussen.

VERKAUFSPOLITIK

Eine Betrachtung der Absatzmöglichkeiten der österreichischen Stahlwerke muß berücksichtigen, daß für Handelsstahl und für Edelstahl völlig verschiedenartige Marktbedingungen bestehen.

Die Inlandspreise für Eisen- und Handelswalzware sind seit dem 1. August 1953 unverändert geblieben. Natürlich haben die seither eingetretenen Kosten-erhöhungen die verstaatlichten Werke in Österreich genau so betroffen wie die Werke der anderen stahlproduzierenden Länder der freien Welt, in denen diese Erhöhungen ihren Ausgleich in entsprechenden Preiskorrekturen fanden. Die von der verstaatlichten Industrie unverändert gehaltenen Inlandspreise für Eisen und Stahl bilden aber eine Voraussetzung für die Stabilisierung des Preisniveaus, weil sie den verarbeitenden Betrieben die Kalkulation niedriger Preise für ihre Fertigprodukte nicht nur für den Inlandmarkt, sondern auch besonders gegen die internationale Konkurrenz auf den Auslandsmärkten ermöglichen. Daß die Stabilität des Eisen- und Stahlpreises auch eine starke psychologische Wirkung hat, ist unbestreitbar. Diese „politischen“ Inlandspreise sind daher ein maßgebender Faktor in den Bemühungen der Regierung, das Preis- und Lohnproblem zu meistern.

Stellt man vergleichsweise fest, daß etwa die deutschen Ab-Werk-Preise für Stabstahl in SM-Güte 24 %, die englischen 28 %, die französischen 40 % und die belgischen und italienischen mehr als 50 % über den österreichischen Inlandspreisen liegen, dann wird klar, daß diese keineswegs mehr kostendeckend sein können und nur durch die erzielten Exportpreise einen gewissen Ausgleich finden. Tatsächlich gestattete die internationale Marktlage der letzten Jahre bei starker Nachfrage die Erzielung günstiger Preise für fast alle Handelsstahlerzeugnisse, doch konnte die österreichische eisenschaffende Industrie diese Konjunktur nicht voll ausnützen, da primär der Bedarf des Inlandmarktes befriedigt werden mußte. Nur bei den Erzeugnissen, bei denen die Produktion ein Vielfaches des Inlandsbedarfs erreicht und deren Export geradezu eine Notwendigkeit ist, wie etwa bei der Feiblech-erzeugung in Linz, konnte eine solche Rücksichtnahme unterbleiben. Sollten jedoch die in der letzten Zeit zu beobachtenden Anzeichen eines Nachgebens der Stahlpreise auf den internationalen Märkten sich verstärken, so würde sich das Problem der österreichischen Inlandspreise zuspitzen.

Die Gegenüberstellung des Inlandsverbrauchs der letzten Jahre mit den Exportanteilen zeigt im Hinblick auf die geschilderte Preissituation kein sehr günstiges Bild.

Exportanteile der Produktion von Handelsstahl

(in %)

Position	1954	1955	1956	1957 Jan. bis Aug.
Inlandsabsatz	62,8	65,2	62,0	56,5
Export	37,2	34,8	38,0	43,5

Die privaten Werke haben ihre Preise den gestiegenen Kosten angepaßt und arbeiten mit ihrer ganzen Kapazität für den Export und zur Erfüllung entstehender Lücken auf dem Inlandmarkt, soweit es sich um Erzeugnisse handelt, die auch von der verstaatlichten Industrie hergestellt werden. Die Einfuhren an Handelsstahl sind ziemlich geringfügig. Sie betreffen vorwiegend im Inland nicht hergestellte Spezialerzeug-

nisse. Mitunter werden Einfuhren benötigt, wenn vom Verbraucher die noch immer langen Lieferfristen der österreichischen Werke nicht akzeptiert werden können.

Eine völlig andere Situation zeigt sich auf dem Edelstahlsektor. Hier wurden auch die Inlandspreise den wachsenden Gestehungskosten angepaßt, da eine Beeinflussung des nationalen Preisniveaus durch die Preise für Edelstähle praktisch außer Betracht bleiben kann. Andererseits aber blieb die Konjunktur auf den internationalen Edelmärkten eine ausgesprochene Mengenkonjunktur. Wenn man von den unter Devisenmangel leidenden Märkten absieht, auf denen der ungedeckte Bedarf die Preisfrage als sekundär gegenüber der Beschaffungsfrage erscheinen läßt, so brachte der steigende Bedarf auch an Edelstählen den österreichischen Werken zwar einen hohen Auftrags-eingang, der z. T. zu ungewöhnlich langen Lieferfristen führte, doch führten verschärfte Konkurrenzverhältnisse eher zu einer Versteifung der Preissituation. In vielen Relationen liegen die erzielten Exportpreise sogar unter den Inlandspreisen. Natürlich wurde trotzdem mit Rücksicht auf die langfristige Pflege der traditionellen Exportmärkte das Auslandsgeschäft weiter forciert.

Exportanteil der Edelstahlproduktion
(in %)

Position	1954	1955	1956	1957 Jan. bis Juni
Inlandsabsatz	41	46	41	32
Export	59	54	59	68

Der Anteil der Eisen- und Stahllieferungen ins Ausland am Gesamtexport betrug 1954 13,8%, 1955 14,7%, 1956 16,3% und im ersten Halbjahr 1957 19%. Diese Lieferungen gingen praktisch in alle stahlverbrauchenden Länder der Erde. Besonders die

Edelstahlindustrie beliefert seit Jahrzehnten die Verbraucher aller Länder mit ihren Marken, die im Ausland sehr geschätzt sind.

Wenn man feststellt, daß 1955 45,9% und 1956 41,9% der Eisen- und Stahllexporte in die Länder der Montanunion gingen und andererseits die Kohle- und Koksbezüge aus diesen Ländern in den beiden Jahren 39,7% und 30,2% ausmachten, so ist ohne weiteres das Interesse verständlich, mit dem die eisenerzeugende Industrie die Entwicklung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl verfolgt hat. Es können hier nicht die Argumente erwähnt werden, die nach Erreichung der freien Entscheidungsmöglichkeit Österreichs durch den Staatsvertrag für und wider einen Beitritt zur Gemeinschaft in die Diskussion geworfen wurden. Es mag nur angedeutet werden, daß bei allem großen Interesse der österreichischen Werke an den geregelten Kohlebezügen und an der Teilnahme an diesem großen Gemeinsamen Markt ohne Diskriminierung durch Zölle die Einstellung des Ostens zur Gemeinschaft, in der nicht ein rein wirtschaftlicher Zusammenschluß, sondern die Konzentration des westeuropäischen Rüstungspotentials gesehen wird, für Österreich als neutralen Staat ein gewichtiges außenpolitisches Problem darstellt. Von der innenpolitischen Seite her würde sich u. a. auch das Problem der „politischen“ Inlandspreise stellen, die mehr oder weniger kurzfristig denen der Partnerländer angeglichen werden müßten, was nicht abzusehende Wirkungen auf das inländische Preisniveau hätte. Die Eisen- und Stahlindustrie Österreichs begrüßt die geplante Errichtung einer Freihandelszone um so mehr, als sie ihr die Möglichkeit des erwünschten engeren Anschlusses an den westeuropäischen Markt gibt und gleichzeitig die handelspolitische Bewegungsfreiheit gegenüber den übrigen Handelspartnern läßt.

Die Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie

Karl P. Vietz, Essen

Mit einer Jahreserzeugung von rund 24,5 Mill. t werden die Stahlwerke der Bundesrepublik im Jahre 1957 die Zuwachsrate des Vorjahres nicht wieder erreichen. Diese Rate dürfte, wie die vorläufigen Zahlen besagen, mit 1,4 Mill. t um 0,4 Mill. t niedriger liegen als die des Jahres 1956. Ernsthafte Bedenken löst diese Verringerung jedoch nicht aus. Auch 1956 lag kein Bruch in der Entwicklung darin, daß die Rohstahlerzeugung nur um 8,7% — von 21,4 Mill. t auf 23,2 Mill. t — anstieg, während der Zuwachs im vorangegangenen Jahr 1955 mit 22,4% (21,3 gegenüber 17,4 Mill. t Jahresproduktion) auffällig größer gewesen war.

Das Jahr 1955 hatte insofern eine Wende gebracht, als die Rohstahlerzeugung auf dem Boden der Bundesrepublik zum ersten Male die der Vorkriegszeit übertraf. Die ungewöhnliche Steigerung um fast 4 Mill. t

war jedoch nicht typisch für den Trend. Sie wurde nämlich im neuen Aufschwung nach der Flaute von 1953/54 erzielt, in der zum ersten Male nach dem Koreaboom wieder Kapazitäten brachgelegen hatten. Anders nun als bei jenem großen Sprung von 22,4% handelt es sich bei den seit Ende 1955 verzeichneten Steigerungssätzen nicht nur um den Produktions-, sondern zugleich auch um den Kapazitätszuwachs. Seit drei Jahren wird die Leistungsfähigkeit aller Stahlwerke bis zum Rande ausgeschöpft. Das gleiche gilt für die Hochöfen, jedoch nicht für die Walzwerke. Die Roheisen- und Rohstahlerzeugung hat in dem seit Mitte 1954 zurückgelegten Zeitraum ihre Begrenzung nicht im Markt, sondern in den vorhandenen Anlagen gefunden, die in vielen Fällen über den optimalen Grad von 80% ausgelastet waren. Bei Roheisen und Rohstahl ist also die Statistik der Produktion zugleich